

Plötzlich gelten andere Werte

Zur aktuellen Situation an afghanischen Hochschulen

| CHARLOTTE PARDEY | Während des letzten Taliban-Regimes wurde afghanischen Mädchen und Frauen der Zugang zu Bildung verwehrt, pluralistische Meinungen und freiheitliche Werte wurden unterdrückt. Was wird nun aus den Hochschulen in Afghanistan und ihren Angehörigen?

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan Mitte August hat die Weltöffentlichkeit besorgt. Gerade im Bereich der Hochschulbildung sind die Folgen noch nicht absehbar. Wie steht es um die Errungenschaften, die die internationale Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit engagierten Afghaninnen und Afghanen in den letzten 20 Jahren erreicht hat? Immerhin hatten zuletzt auch in konservativen Gegenden und entlegenen Gebieten so viele junge Frauen Zugang zu Hochschulbildung wie nie zuvor. Die UNESCO bezifferte die Anzahl der afghanischen Studierenden 2018 mit 380 000.

Mit dem Vorrücken der Taliban wurden die Hochschulen geschlossen. Afghaninnen und Afghanen wurden zu Inlandsflüchtlingen oder versuchten, aus Angst vor einer neuen Taliban-Herrschaft auszureisen. Die Erinnerung an die Zeit von 1996 bis 2001 sitzt noch tief, als Mädchen vom Schulbesuch ausgeschlossen waren und Frauen mit schweren Körperstrafen belegt wurden, wenn man ihnen etwa Ehebruch vorwarf. Eine Zeit, in der die Taliban

versuchten, ihre Vorstellung eines islamischen Systems repressiv gegen alle Andersdenkenden durchzusetzen.

Internationale Medien berichteten nun von jungen Frauen, die ihre Hochschulzeugnisse versteckten aus Angst, für die Taliban verdächtig zu wirken. Zahlreiche US-Universitäten erklärten sich laut der Organisation „Scholars at Risk“ bereit, flüchtende Forschende aufzunehmen. Die direkten Nachbar-

»Junge Frauen verstecken ihre Hochschulzeugnisse aus Angst, für die Taliban verdächtig zu wirken.«

länder signalisieren ihre Absicht, Studierende aus Afghanistan mit Stipendien oder Visaverlängerungen zu unterstützen, etwa Pakistan und Kirgistan.

Mehr als 50 internationale Hochschulorganisationen appellierten am 22. August gemeinsam an die Regierungen Europas und baten, Afghaninnen und Afghanen zu retten. Sie forderten Evakuierungsflüge für Forschende, Studierende und zivilgesellschaftliche Akteure und verwiesen auf die große Zahl von Afghaninnen und Afghanen, mit denen sie während der vergangenen 20 Jahre zusammengearbeitet hatten. Diese seien für Ausbildung und Studium nach Europa gekommen und mit Werten der Toleranz in ihre Heimat zurückgekehrt. Nun seien sie in Gefahr, da die Taliban andere Werte hätten. Die Unterzeichner drängten auf ein EU-weites Förderprogramm für gefährdete Forschende und Lehrende, das auch Menschen aus Af-

ghanistan berücksichtigen solle. Zu ihnen gehörten die Hochschulrektorenkonferenz (HRK), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung und die Gerda Henkel Stiftung. Die Evakuierungsflüge wurden jedoch in Folge eines Angriffs auf den Flughafen Kabul vorzeitig abgebrochen, zu dem sich Angehörige des Islamischen Staats in Afghanistan bekannten.

Zurück blieb ein Land, in dem die Taliban einen neuen Alltag prägen. Universitäten haben den Betrieb teilweise wieder aufgenommen – nach Geschlechtern getrennt. Junge Frauen sollen möglichst von Dozentinnen unterrichtet werden. Dabei gelten Kleidervorschriften: weibliche Universitätsangehörige sollen ein langes Gewand und einen Schleier tragen, der nur die Augenpartie freilässt, wie „AFP“ meldete.

Am 21. September wurde dann der bisherige Rektor der Universität Kabul durch den talibantrauen Mohammed Ashraf Ghairat ausgetauscht. Nur Tage später schloss dieser Frauen von Studium und Lehre aus. Dies gelte so lange, bis an seiner Universität ein „echtes islamisches Umfeld für alle gegeben“ sei, wie er auf Twitter verkündete. Schon am 29. August hatte der neu bestimmte Minister für Hochschulbildung, Abdul Baqi Haqqani, vor Vertretern privater und öffentlicher Hochschulen mitgeteilt, dass die Bedeutung islamischer Werte in der Bildung den höchsten Stellenwert habe, mehr als weltliche Abschlüsse.

Amnesty International kritisiert derzeit, dass die Taliban Menschenrechte demontieren und berichtet über Folter und Tötungen von Zivilpersonen. Mit islamischen Werten haben solche Taten nichts zu tun.

AUTORIN



Dr. Charlotte Pardey ist Redakteurin von Forschung & Lehre.